

Nach enger Abstimmung im Marktrat

„Versteckte Erhöhung der Kreisumlage“: Wartenberg zieht bei Landkreis-Pflegekrisendienst nicht mit

16.09.2020 Erdinger Anzeiger Markus Schwarzkugler

Scharfe Kritik wurde im Marktrat Wartenberg am vom Landkreis geplanten Pflegekrisendienst laut. Nach enger Abstimmung beteiligt sich der Markt vorerst nicht.

Wartenberg – Der vom Landkreis geplante Pflegekrisendienst polarisiert weiter. Einige Gemeinden wollen ihn unterstützen, andere wiederum nicht. Im Wartenberger Marktrat gab es nun eine kontroverse Diskussion, die in eine spannende Abstimmung mündete. Mit 11:10 Stimmen lehnte es das Gremium ab, den Dienst für ein erstes Probejahr mit einem Euro pro Einwohner zu unterstützen. Der Landkreis will 40 000 Euro zahlen. Scharfe Kritik wurde vor allem am Konzept laut.

Wie mehrfach berichtet, soll der Pflegekrisendienst eine Versorgungslücke nach der Entlassung aus dem Krankenhaus schließen, in Notfällen schnelle und unkomplizierte medizinische Unterstützung bei Pflegeproblemen leisten. Der Service versteht sich nicht als Konkurrenz zu Ehrenamt und Pflegediensten.

Bürgermeister Christian Pröbst (CSU) meinte: „Ich find’s gut.“ Allerdings gab er auch zu, dass das Thema in seiner Fraktion kontrovers diskutiert worden sei. So sollte es nun weitergehen.

3. Bürgermeister Bernd Scheumaier (CSU) betonte, der Wunsch nach dem Dienst sei von den Bürgern selbst aus der Not heraus formuliert worden. Nina Hieronymus (CSU) ergänzte, er sei eine zusätzliche Zwischenstelle für Menschen, „die sofort Hilfe brauchen und eben keinen Pflegedienst haben“.

Vizebürgermeisterin Carla Marx (Neue Mitte) sah dagegen keine Notwendigkeit. „Das erinnert mich ganz schwer an die Bürgerstiftung des Landkreises“, sagte sie. Für diese hat der Marktrat bekanntlich auch den Daumen gesenkt. Marx kritisierte nun auch am Pflegekrisendienst, dass nicht genau klar sei, wofür das Geld verwendet werde. Und: „Kriegen wir jemanden, wenn wer in Wartenberg am Freitagnachmittag Hilfe braucht?“ Oder hänge man dann in der Warteschleife? Auch Martina Scheyhing (Grüne) meinte: „Ich versteh’s nicht ganz.“ Wie könne urplötzlich eine Kraft vor Ort sein und notfalls das ganze Wochenende bei einem Patienten verbringen?, fragte sie sich.

Man könne ja nach einem Jahr noch auf den Zug aufspringen und sich das Ganze erst mal anschauen, meinte Pröbst. Das wäre dann aber Trittbrettfahren, befand sein CSU-Kollege Josef Sedlmaier. Er stellte sich hinter Michael Gruber (SPD). Dieser hatte zwar von einem sinnvollen Projekt gesprochen, das aber „bitteschön vom Landkreis komplett selber finanziert werden“ solle. Die Gemeinde zahle doch schon Kreisumlage. „Aus diesem prinzipiellen Grund werde ich wieder dagegen stimmen“, sagte Gruber. Und Sedlmaier meinte: „Das ist eine versteckte Erhöhung der Kreisumlage“ – auch wenn die Idee an sich gut sei. „Der Landkreis sollte in Vorleistung gehen“, meinte Marx, im Moment sei alles „sehr vage“.

„Das Konzept ist für mich kein Konzept“, kritisierte Eduard Ertl (Neue Mitte). Im Krankenhaus kümmere sich doch schon der Sozialdienst um die Frage, ob ein Patient guten Gewissens entlassen werden könne. „Im Zweifel kann man immer noch den Notruf wählen“, sagte Ertl.